

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 24. März 2021

Birte Pauls:

Nicht die Symptome lindern, sondern Ursachen bekämpfen!

TOP 31: Psychische Gesundheit in der Pflege stärken (Drs. 19/2868)

„Ein chronischer Bluthochdruck kann zu erheblichen Schäden an Organen und Gefäßen führen. Man kann ihn dauerhaft mit Medikamenten behandeln, die ebenfalls Spätfolgen nach sich ziehen. Oder aber man kann und sollte die Ursachen bekämpfen. Und genauso sollten wir es mit dem kranken System Pflege machen. Nicht Symptome lindern, sondern Ursachen bekämpfen! Pflegende erleiden in den meisten beruflichen Tätigkeitsfeldern eine dauerhafte physische und psychische Belastung. Sie stehen unter einem enormen Druck. Ihre Arbeitsabläufe unterliegen dem ökonomischen Diktat eines profitorientierten Gesundheitswesens. Nicht die Fachlichkeit darf ihr Handeln bestimmen, sondern der Profit. Die Pflege ist fremdbestimmt. Die Schere zwischen dem fachlichen und humanitären Anspruch auf der einen Seite und dem wirtschaftlichen Druck auf der anderen Seite klafft immer weiter auseinander. Das ist das was sie krank macht. Versuche, sich durch mehr Eigenverantwortung aus den Klammern der Fremdbestimmung zu befreien, werden von arbeitgeberfreundlichen Parteien wie der FDP bekämpft. Das Ergebnis sehen wir Morgen. Das ist die sich ständig verschärfende Arbeitssituation der meisten Pflegenden seit Jahrzehnten. Corona hat hier nur als Brennglas gedient. Und es ist der Grund, warum zu viele den Beruf frühzeitig ganz verlassen, sich Nischen in beratenden Funktionen oder Auswege durch Zeitarbeit suchen, wo sie Tempo und Limit selber bestimmen können. Das Resultat: der Fachkräftemangel ist das beherrschende Thema in der Pflege mit all den Auswirkungen auf Qualität und Sicherheit für die zu Pflegenden und mit all den zusätzlichen Belastungen für die verbleibenden Pflegenden. Ein weiteres Fazit dieser Arbeitsbedingungen ist die im Vergleich zu anderen Berufen überdurchschnittlich hohe Anzahl von Krankheitstagen und Frühverrentung.

Laut einer Umfrage der Pflegeberufekammer unter ihren Mitgliedern arbeiten nur 41% der Pflegefachpersonen in Vollzeit, weil sie es anders gar nicht aushalten könnten. Altersarmut ist damit vorprogrammiert. Viele leiden an Depressionen. Die Punkte, die der SSW in seinem Antrag zur Gesundheitsprävention aufzählt, sollten eigentlich für jede halbwegs verantwortungsvolle Arbeitgeber*in eine Selbstverständlichkeit sein und wie gesagt, nicht erst seit oder in Zeiten einer Pandemie. Die große Anfrage der SPD zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz macht die Lücken deutlich. Die Landesregierung wird ihrer Aufgabe in Sachen Arbeitsschutz nicht gerecht.

Wir sollten uns nicht darauf konzentrieren, die Symptome einer jahrelangen Belastung zu lindern, sondern wir sollten endlich die Ursachen für den Dauerstress mit all seinen Folgen bekämpfen. Und dafür braucht es schlichtweg mehr Personal, nach aktuellen Berechnungen ca. 20-30%. Wir brauchen endlich den Mut, um die richtigen Weichen für eine zukunftssichere Pflege zu stellen. Dazu gehört die sofortige Umsetzung eines gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel, der in allen Bereichen der ambulanten und stationären Pflege fachlich begründet aufzeigt zu welcher Zeit, wie viele Personen mit welchen Qualifikationen in welchen Abteilungen, Stationen und Wohnbereichen verlässlich vorhanden sein müssen. Der Arbeitsschutz muss in den Kliniken und Pflegeheimen konsequent umgesetzt werden. Dazu gehören besonders die Gefährdungsbeurteilungen. Ein Frei muss ein Frei sein, ein Urlaub ein Urlaub. Und gibt den Pflegenden endlich die Möglichkeit so zu arbeiten, wie ihre Fachlichkeit und ihr humanitärer Anspruch es ihnen vorgibt, und nicht wie der Betriebswirt es ihnen ins Ohr flüstert. Dann steigt auch die Arbeitszufriedenheit wieder. Eine dauerhafte finanzielle Wertschätzung durch ein Einstiegsgehalt von 4000€ und eine spürbare Erhöhung von familienunfreundlichen und ungesunden Schichtzulagen werden ebenfalls helfen, das Ansehen dieses eigentlich hervorragenden Berufes wirklich Rechnung zu tragen.

Keckse, Applaus und ungerecht ausgezahlte Einmalzahlungen nach leeren Versprechungen dieser Landesregierung im Rahmen einer Pandemie tun es jedenfalls nicht. Schauen wir aber noch einmal auf Deutschlands größten Pflegedienst: Die pflegenden Angehörigen. In Kooperation mit der DAK Gesundheit und dem Verein „wir pflegen e. V.“ sind im September 2020 berufstätige pflegende Angehörige zur aktuellen Situation befragt worden. Ihre Pflegebelastung hat über alle Dimensionen hinweg zugenommen. Die Versorgungssituation hat sich bei 59% verändert, die Pflege ist für 57% zeitlich aufwendiger geworden, weil professionelle Hilfen nicht mehr im gewohnten Umfang in Anspruch genommen werden konnten. Für 71 % der Befragten ist die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf noch schwieriger geworden. Und der Gesundheitszustand hat sich für 52 % der Befragten verschlechtert und die selbst eingeschätzte Lebensqualität hat sich verringert. Darunter fallen neben körperlichen Belastungen insbesondere auch psychische. Der Anteil sich einsam fühlender pflegender Angehöriger ist während der Coronavirus-Pandemie um rund 65 Prozent gestiegen. Es gibt viel zu regeln. Lassen Sie uns die Anträge in den Sozialausschuss überweisen.“